

Inhaltsverzeichnis

NACHRICHTEN	2
Menschen brauchen irdisches Wohl und ewiges Heil	2
DDR-Aufarbeitung: Stimme der Opfer muss den Ton angeben	3
Evangelium sensibel in gesellschaftliche Milieus vermitteln	4
„Marsch für das Leben“: Kritik an Berichten über Teilnehmerzahlen	4
Für eine „eine gesellschaftliche Kultur des Willkommens“	5
„Ich sehe den Himmel offen ... aber wer will schon dahin?“	6
KOMMENTAR	7
Das Domkirchenkollegium sollte sich schämen!	7

NACHRICHTEN

Menschen brauchen irdisches Wohl und ewiges Heil**Präses der Freien evangelischen Gemeinden warnt vor Auseinanderdriften**

Gießen (idea) – Vor dem Auseinanderdriften zweier geistlicher Richtungen hat der Präses des Bundes Freier evangelischer Gemeinden (FeG), Ansgar Hörsting (Witten), gewarnt. Die eine betone das Streben nach dem diesseitigen Wohl der Menschen, die andere stelle das ewige Heil in den Mittelpunkt. Beides gehöre aber im Reich Gottes zusammen, sagte Hörsting am 21. September in Gießen vor der Delegiertenversammlung seiner Freikirche, dem Bundestag. Die FeG dürfe sich nicht einengen lassen und etwa einerseits das Reden von ewiger Verlorenheit und Rettung des Menschen mit Skepsis betrachten oder andererseits im Einsatz für das irdische Leben schon eine „gefährliche Gottvergessenheit“ wittern, schrieb Hörsting im Präsesbericht.

Mitglieder sollen sich politisch engagieren

Im Blick auf die Bundestagswahl am 22. September sagte er, die FeG-Gemeinden sollten ihre Mitglieder zum politischen Engagement ermutigen. Künftig werde es zunehmend um die Frage gehen, wie Freiheit und Gemeinwohl aufeinander bezogen werden. Die FeG selbst sei aber keine politische Partei. Sie wolle weiterhin erkennbar „Gemeinde mit Position“ sein und müsse dazu das Reden von Jesus Christus in den Mittelpunkt stellen. „Politische Anschauungen verändern sich, unser gesellschaftliches Umfeld verändert sich. Das ist völlig normal und kann nicht überraschen. Wichtig ist, dass wir in Christus verankert sind. Dann haben wir das Stehvermögen, unbequeme Positionen zu vertreten, und die Beweglichkeit, neue Positionen einzunehmen, und die Weisheit zu erkennen, was wann dran ist“, so Hörsting in seinem Bericht.

Präses im Amt bestätigt

Er betonte ferner die anhaltende Notwendigkeit, Gemeinden zu gründen und zu evangelisieren. In diesem Zusammenhang kritisierte Hörsting Äußerungen, die nichts anderes sagten als: „Gott nimmt dich an, wie du bist.“ Eine solche Rede erfasse nichts von der verändernden Kraft und Tiefe der Liebe Gottes. Diese sei „keine billige und weichliche, sondern eine kostbare und aufrichtige Liebe“. Hörsting steht seit Anfang 2008 an der Spitze der Freikirche mit rund 40.000 Mitgliedern in 469 Gemeinden. Der 48-Jährige stellte sich erneut für eine sechsjährige Amtsperiode zur Wahl. Sein Herz schlage besonders für Gemeindegründung und Evangelisation, betonte Hörsting. Er wurde mit 310 von 315 abgegebenen Stimmen im Amt bestätigt.

Fünf Gemeinden neu aufgenommen

Beim Bundestag wurden fünf Gemeinden in den Bund der FeG aufgenommen – die Gemeinden in Lumdatal (Mittelhessen), Fulda (Osthessen), Ludwigshafen (Rheinland-Pfalz) und Volmetal (Sauerland) sowie die Iranische FeG Hannover. In der Leitung der Inland-Mission kam es zu einem Wechsel: Sacha Rützenhoff trat die Nachfolge von Dietrich Schindler an, der sechs Jahre lang amtierte. Er wird künftig als Sonderbeauftragter für Gemeindegründung in Europa tätig sein. Im Jahr 2006 hatte sich die FeG zum Ziel gesetzt, binnen eines Jahrzehnts 100 Gemeinden ins Leben zu rufen. Inzwischen sind laut Rützenhoff 62 Gemeinden gegründet worden - im Schnitt 8,5 Gemeinden pro Jahr.

Erhöhter Pastorenbedarf

Wie der Rektor der Theologischen Hochschule Ewersbach der FeG, Michael Schröder (Dietzhöhlztal/Mittelhessen), in seinem Bericht mitteilte, besteht in der Freikirche ein erhöhter Bedarf an Geistlichen. Derzeit hat sie 486 Pastorinnen und Pastoren. In den kommenden Jahren werden laut Schröder etliche in den Ruhestand gehen; außerdem brauchten die neuen Gemeinden Geistliche. Im letzten Studienjahr waren 51 Männer und Frauen an der Hochschule eingeschrieben. Für das im Herbst beginnende neue Studienjahr sind bislang 16 Bewerber angenommen worden. Wünschenswert wären etwa 20 neue Studierende pro Jahr.

(idea/22.09.2013)

DDR-Aufarbeitung: Stimme der Opfer muss den Ton angeben

Hildigund Neubert: Kirche sollte ihr Gewicht stärker dafür einsetzen

Jena (idea) – In der Debatte um das Verhältnis von Opfern und Tätern der DDR-Diktatur sollte sich die Kirche für einen Prozess der Versöhnung einsetzen. Allerdings muss dabei die Stimme der Opfer den Ton angeben. Das hat die Landesbeauftragte des Freistaats Thüringen für die Stasi-Unterlagen, Hildigund Neubert (Erfurt), am 22. September bei einer Veranstaltung während des 2. Mitteldeutschen Kirchentages in Jena gefordert. Bisher habe sich die Kirche vor allem mit den Tätern beschäftigt. Die Opfer seien zu wenig im Blick gewesen: „Was ist denn mit all den Christen, die wegen ihres Glaubens von der Schule geflogen sind?“ Sie forderte die Kirche auf, ihr Gewicht in der Politik dafür einzusetzen, dass ehemalige Oppositionelle besser entschädigt würden. Es gehe nicht an, dass frühere Stasi-Offiziere heute mehr Rente bekämen als viele Opfer des SED-Regimes. Eine weitere Möglichkeit sei, dass die Kirche etwa am Volkstrauertag auch der Toten an der Mauer oder der in den Suizid Getriebenen gedenke.

„Niemand darf von den Opfern fordern, sich zu versöhnen“

Nach Neuberts Beobachtung hat die Gesprächsbereitschaft zwischen Tätern und Opfern der DDR-Diktatur abgenommen. So brüsteten sich in Online-Foren ehemalige Stasi-Offiziere, dass kaum einer von ihnen verurteilt worden sei; dann hätten sie ja auch nichts Verkehrtes getan. In vielen – vor allem ländlichen – Kirchengemeinden sei das Miteinander von Christen, die sich auch während der DDR zu ihrem Glauben bekannten, und denen, „die damals aufgeschrieben haben, wer wann in die Kirche geht“, nach wie vor angespannt. Von ihnen „mit einem autoritären Unterton“ zu fordern, sich endlich zu versöhnen, sei wenig hilfreich, sagte Neubert. „Niemand darf von den Opfern fordern, sich zu versöhnen – nicht die Gesellschaft und gleich gar nicht die Täter.“ Das sei allein ihre Entscheidung. Zudem wies Neubert darauf hin, dass viele Oppositionelle die Bezeichnung „Opfer“ ablehnten. Denn mit diesem Begriff würden vor allem Eigenschaften wie Passivität und Schwäche assoziiert. Dabei seien sie in der DDR die Mutigen gewesen und hätten sich aktiv gegen das Unrechtssystem engagiert. Der 2. Mitteldeutsche Kirchentag bot mehr als 100 Veranstaltungen. Er stand unter dem Thema „Mit einem Fuß im Paradies“.

(idea/22.09.2013)

Evangelium sensibel in gesellschaftliche Milieus vermitteln

Evangelische Hochschule Tabor eröffnet Tangens-Institut für Kulturhermeneutik

Marburg (idea) – Die Evangelische Hochschule Tabor (Marburg) hat am 21. September ihr „Tangens-Institut für Kulturhermeneutik und Lebensweltforschung“ eröffnet. Die Einrichtung hat nach eigenen Angaben unter anderem das Ziel, die christliche Botschaft sensibel in die verschiedenen Milieus der Gesellschaft zu kommunizieren. „Wer das Evangelium verkündigt, muss wissen, mit wem er spricht. Darum brauchen wir ein Institut wie Tangens, das hilft, Menschen in unserer Zeit und ihrer Welt besser zu verstehen“, erklärte der Rektor der Hochschule, Prof. Norbert Schmidt. Wissenschaftlicher Direktor des Instituts ist der Theologe Prof. Heinzpeter Hempelmann (Schöenberg/Nordschwarzwald). Nach seinen Angaben geht es dem Institut „Tangens“ (berührend) um den Kontakt zwischen dem Evangelium und der immer säkularer und pluraler werdenden Lebenswelt. Der Begriff „Kulturhermeneutik“ stehe für das Anliegen, über die Erforschung von Milieus, Mentalitäten und Lebensstilen hinaus zu verstehen, was es an kulturellen, geistigen, weltanschaulichen und philosophischen Strömungen gibt. Das schließe nicht nur die so genannte Postmoderne ein, sondern auch die Beschäftigung mit dem „Neuen Atheismus“.

Dienstleister für Kirchen und Freikirchen

Wie Hempelmann gegenüber der Evangelischen Nachrichtenagentur idea erklärte, ist es kein Selbstzweck, sich um das Verstehen der Gesellschaft zu bemühen. Das Tangens-Institut helfe durch seine Angebote, „das Evangelium präziser auf die verschiedenen Szenarien unserer Gesellschaft zu beziehen und die dabei auftretenden Herausforderungen zu bedenken“. Tangens sei Dienstleister für Kirchen, Freikirchen und Einrichtungen. Man arbeite unter anderem mit dem SINUS-Sozialforschungsinstitut zusammen. Die Evangelische Hochschule Tabor ging 2009 aus dem Theologischen Seminar Tabor hervor. An ihr sind über 110 Studierende eingeschrieben. Träger der Hochschule ist die Stiftung Studien- und Lebensgemeinschaft Tabor.

(idea/22.09.2013)

“Marsch für das Leben“: Kritik an Berichten über Teilnehmerzahlen

Statt von 4.500 sprachen manche Medien nur von 1.000 bis 2.000 Beteiligten

Berlin (idea) – Der Bundesverband Lebensrecht hat die Berichterstattung einiger Medien über den „Marsch für das Leben“ scharf kritisiert. Am 21. September hatten in Berlin Christen aus allen Teilen Deutschlands „für ein Europa ohne Abtreibung und Euthanasie“ demonstriert. An einer Kundgebung mit anschließendem Trauermarsch hätten sich nach konservativer polizeilicher Schätzung mehr als 4.500 Menschen beteiligt, teilte der Bundesverband mit. Diese Zahl sei noch während der Veranstaltung als „unübersehbarer Aufbruch der Pro-Life-Bewegung in Deutschland“ verkündet worden. Im vergangenen Jahr kamen zum „Marsch für das Leben“ rund 3.000 Menschen aus allen Teilen Deutschlands. Wie 2012 hätten Agenturen und Zeitungen jedoch nur von 1.000 bis 2.000 Teilnehmenden gesprochen, erklärte der Vorsitzende des Bundesverbandes, Martin Lohmann (Bonn): „Wenn es um das Leben geht, scheinen manche Kollegen jede Sorgfalt zu verlieren.“ Man müsse fragen, ob die wiederholt niedrigen Angaben auf Absicht oder journalistischer Inkompetenz beruhten.

(idea/22.09.2013)

Für eine „eine gesellschaftliche Kultur des Willkommens“

Landesbischof Ulrich eröffnete Interkulturelle Woche

Kiel (idea) – Mehr Offenheit gegenüber Flüchtlingen, Asylsuchenden und Zuwanderern fordert der Landesbischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Norddeutschland (Nordkirche), Gerhard Ulrich (Schwerin). Seit Wochen müsse man aggressive Proteste vor Flüchtlingsunterkünften beobachten, beklagte er bei der Eröffnung der Interkulturellen Woche am 21. September in Kiel. Vor 400 Besuchern eines ökumenischen Gottesdienstes wies er darauf hin, dass mancherorts Brandflaschen gegen Asylantenheime geworfen und Neonazi-Parolen gerufen würden. Die Feier, an der auch der katholische Geistliche Rat Georg Bergner (Hamburg) und der griechisch-orthodoxe Archimandrit Athenagoras Ziliaskopulos (Frankfurt am Main) mitwirkten, stand unter dem Motto „Wer offen ist, kann mehr erleben“. In der Predigt beklagte der Bischof, dass Menschen bedroht würden, „die bei uns Schutz vor Gewalt und Verfolgung suchen“. Er plädierte für „eine gesellschaftliche Kultur des Willkommens“. Flüchtlinge und Asylsuchende dürften nicht zum Problem erklärt werden. Alle Bürger müssten sich dafür einsetzen, dass weder eine „Das Boot ist voll“-Rhetorik noch rassistische Gewalttaten eine Chance hätten.

Voraussetzung für eine gelingende Integration

Bergner erinnerte daran, dass die Kirchen einen gleichberechtigten Platz aller Menschen in der Gesellschaft forderten. Zu den Voraussetzungen für eine gelingende Integration gehöre, dass Menschen, die lange in Deutschland lebten, einen sicheren Aufenthaltsstatus erhielten. So wie Zuwandernde viele Erwartungen zu erfüllen hätten, sei auch in der Aufnahmegesellschaft ein Umdenken nötig. Die Interkulturelle Woche ist eine Initiative der (katholischen) Deutschen Bischofskonferenz, der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Griechisch-Orthodoxen Metropolie. Sie wird von Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbänden, Kommunen und Ausländerbeiräten sowie von Integrationsbeauftragten, Migrantenorganisationen und Initiativgruppen unterstützt. An mehr als 500 Orten finden rund 4.500 Veranstaltungen statt.

(idea/22.09.2013)

„Ich sehe den Himmel offen ... aber wer will schon dahin?“

Mülheimer Bibeltage luden ein, das Leben von der Ewigkeit her zu betrachten

Mülheim an der Ruhr (idea) – Christen sollten ihr Leben bewusster mit Blick auf den Himmel gestalten und sich regelmäßig fragen, was bleibende Bedeutung hat. Dazu rief der Vorstandsvorsitzende von ERF-Medien, Jürgen Werth (Wetzlar), die rund 240 Teilnehmer der „Mülheimer Bibeltage“ auf. Das Glaubenstreffen am 21. und 22. September stand unter dem Thema „Ich sehe den Himmel offen ... aber wer will schon dahin?!“ Werth sagte in seiner Bibelarbeit: „Alles was wir aus Liebe zu dem Menschen tun, das bleibt: jedes freundliche Wort, jede liebevolle Umarmung, jedes erbarmende Zupacken. Alles was einen Menschen dem Himmel näher bringt, das bleibt.“ In der Auslegung des ersten Kapitels der Offenbarung des Johannes forderte Pastor Herbert Großarth (Oberhausen), die dort geschilderten Visionen als Ermutigung zu sehen: „Johannes will uns gewiss machen, dass wir erwartet werden, wenn hier einmal der letzte Vorhang fällt.“ Er berichte von einer Vision, „damit wir begreifen, was es bedeutet, dass uns Jesus den Zugang zum Vaterherzen Gottes erkämpft hat.“ Wie Großarth sagte, können Christen auch heute den offenen Himmel erfahren. Dies sei zwar nicht verbunden mit der unmittelbaren Schau des Auferstandenen, wie Johannes es erlebt habe: „Aber es gibt die Erfahrung der spürbaren Gegenwart Jesu.“

Texte zum Herzen sprechen lassen

Pfarrer Klaus-Jürgen Diehl (Wetter/Ruhr) hob hervor, dass Christen allen Grund hätten, sich von Herzen auf den Himmel zu freuen. In der Offenbarung werde in faszinierenden Bildern die neue, unvergängliche Welt Gottes und das „großartige Leben in seiner Herrlichkeit“ geschildert. Wörtlich sagte Diehl: „Mein Jubel auf Gott, der mich aus lauter Güte für immer auf seine Seite gezogen hat, wird in der unübersehbaren Schar der Erlösten kein Ende haben.“ Er rief dazu auf, die apokalyptische Bilder- und Symbolsprache nicht rational zu analysieren, sondern sie unmittelbar zum Herzen sprechen zu lassen: „Dann werden diese Bilder zu leuchten anfangen und die Hoffnung auf ein Leben bei Gott beflügeln.“ Veranstalter der Mülheimer Bibeltage ist die Gerhard-Tersteegen-Konferenz unter Vorsitz von Pastor Herbert Großarth. Sie ist benannt nach dem niederrheinischen Pietisten Gerhard Tersteegen (1697-1769).

(idea/22.09.2013)

KOMMENTAR

Das Domkirchenkollegium sollte sich schämen!

Der "Marsch für das Leben" fand in diesem Jahr besonders große Resonanz. Den Abschlussgottesdienst feierten die Teilnehmer allerdings vor dem Berliner Dom.

Von Matthias Pankau

So viele Teilnehmer hatte der „Marsch für das Leben“ noch nie – mehr als 4.500 waren es laut Polizeiangaben am 21. September – also 1.500 mehr als im vergangenen Jahr und mehr als doppelt so viele wie noch vor zwei Jahren. Aber auch die Zahl der Gegendemonstranten hat zugenommen. Rund 200 waren laut Polizeiangaben dem Aufruf des „Bündnisses für sexuelle Selbstbestimmung“ gefolgt und störten den Demonstrationszug. Was auch langjährige „Teilnehmer des Marsches für das Leben“ überrascht hat, war die Aggressivität, mit der die Protestler auftraten. So rissen sie Lebensrechtlern die weißen Kreuze aus der Hand und zerbrachen diese vor deren Augen. Und sie brüllten bis zur Heiserkeit – Parolen wie „Hätt Maria abgetrieben, wärt Ihr uns erspart geblieben“ oder „Kein Gott, kein Staat, kein Patriarchat“. Dass es dieser demokratische Staat zulässt, dass sie so auftreten und er auch ihre Meinung schützt – geschenkt.

Ein Lob für die Polizei

Aber nicht nur gegen die Lebensschützer richtete sich die Aggression der Protestler – auch gegen die Polizei. „Scheiß-Bullenstaat, wir haben dich zum Kotzen satt“, brüllten sie die Beamten an. Dabei gingen die Polizisten äußerst professionell und umsichtig vor. Sie ließen sich nicht provozieren, griffen nur in solchen Situationen konsequent durch, in denen es keine andere Möglichkeit gab – etwa bei Straßenblockaden. Allein neun Beamte eines Anti-Konflikt-Teams waren im Einsatz – zu erkennen an ihren gelben Westen. Sie suchten das Gespräch mit den überwiegend linken Gegendemonstranten. Die schauten ihnen oft nicht einmal in die Augen. Der Vorsitzende des Bundesverbandes Lebensrecht, Martin Lohmann, sprach den Teilnehmern des Marsches für das Leben offenbar aus dem Herzen, als er den Polizeibeamten im Abschlussgottesdienst seinen Dank aussprach; es gab tosenden Applaus.

Warum findet der Gottesdienst vor der Kirche statt?

Mehr noch als die linken Gegendemonstranten sollte sich aber das Domkirchenkollegium schämen, das die Bitte der Veranstalter des Marsches, den Abschlussgottesdienst im Dom feiern zu dürfen, abgelehnt hatte. Und zwar mit der Begründung, man sehe es als problematisch an „die ausgesprochen sensiblen und komplexen Themen menschlicher Existenz – wie zum Beispiel einen Schwangerschaftsabbruch oder die Präimplantationsdiagnostik – zum Gegenstand einer Aktion mit dem Namen ‚Marsch für das Leben‘ zu machen“. Was werden die Verantwortlichen wohl gedacht haben, als der Abschlussgottesdienst nun vor dem Dom stattfand und mehr als 4.000 Gläubige dort sangen „Großer Gott, wir loben Dich“? Was hätten sie dem vorbeikommenden Touristenpaar geantwortet, das einen Polizisten fragte, warum diese Christen den Gottesdienst denn nicht in der Kirche feiern, sondern davor? Die Entscheidung des Domkirchenkollegiums war ein Armutszeugnis! Denn die Teilnehmer des Marsches traten hier öffentlich für den Schutz allen menschlichen Lebens ein – und damit für eine urbiblische Position, wonach jeder Mensch nach dem Ebenbild Gottes geschaffen ist. Vielleicht hat das Domkirchenkollegium dem „Marsch für das Leben“ mit seiner Entscheidung ungewollt aber sogar

einen Dienst erwiesen. Denn einige Touristen blieben aufgrund des Gesangs stehen und lauschten dann auch der Predigt. Und wer weiß: Vielleicht hat der eine oder andere dadurch einen Gedanken mitgenommen, der nie in eine Kirche gegangen wäre.

(idea/22.09.2013)